

Beschluss 4: Reichsbürger*innen, Selbstverwalter*innen, Rechtsextremist*innen und Verschwörungserzähler*innen wirksam entgegenzutreten

Die Durchsuchungen und Verhaftungen der Generalbundesanwaltschaft vom 07.12.2022 fördern zutage, wovon die Allianz gegen Rechtsextremismus seit Jahren warnt:

Die Reichsbürgerszene, extreme Rechte und Verschwörungserzähler*innen bilden eine ‚unheilige Allianz‘ mit dem Ziel der Destabilisierung der Bundesrepublik und der Errichtung einer autoritären Staatsform. Die Beteiligung von Angehörigen der Sicherheitsbehörden, des Militärs und des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sowie ehemaliger und noch aktiver Politiker*innen wecken dabei besondere Besorgnis. Auch die Tatsache, dass sich die demokratiefeindlichen Akteur*innen weiterhin verstärkt international mit Gleichgesinnten vernetzen ist alarmierend.

Wir fordern eine grundsätzliche Diskussion über den Waffenbesitz in Deutschland. Es ist unverständlich, warum die teils gewaltbereiten Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen legal einen Waffenschein besitzen dürfen.

Die Allianz fordert eine konsequente Neubewertung der Reichsbürgerszene als extrem rechte, autoritäre Vereinigung und Terrorzelle, der alle demokratischen Kräfte entschieden entgegenzutreten müssen.